

Staat und Beamtenchaft.

Zu den ersten Maßnahmen der in Reich und Staat zur Macht gekommenen neuen Männer gehört die an die gesamte Beamtenchaft gerichtete Bitte, ihren Dienst in der alten Weise und ohne Unterbrechung weiter zu versehen. Sie gaben damit offen zu, daß es ohne diese Berufsreihe einfach nicht geht, daß ohne ihre pflichttreue Arbeit Verkehr und Verwaltung, Ernährung, Rechtspflege und öffentliche Erziehung zusammengebrochen wären, daß das neue Regiment haltlos in der Luft geschwebt hätte. Noch niemals haben wir so deutlich, daß das Beamtentum tatsächlich das „Rückgrat“ eines geordneten Staatswesens ist. Schon die Kriegszeit halte uns diese Lehre eingeprägt. Denn sein „Beamtenerkla“ zeigte uns täglich (man denke an die verschwundenen Postpakete, an die ausgeraubten Gepäcksüdel), daß ein pflichttreuer und ehrlicher Beamtenstand Ersparnisse an Staatsgelbern und Schutz für jeden einzelnen Staatsbürger gegen wirtschaftliche Verluste bedeutet.

Die Beamten und Lehrer aber wollen und dürfen nicht nur Objekte der Staatspolitik, nicht nur Staatsdiener sein, sie wollen und sollen auch als Staatsbürger anerkannt werden. Sie streben in allen ihren Gliedern nach voller staatsbürgerlicher, politischer, wirtschaftlicher und persönlicher Freiheit. Die jetzt regierenden Parteien werden nach ihrer ganzen Vergangenheit nicht umhin können, dies Verlangen als berechtigt anzuerkennen. Selbst dann, wenn z. B. die politische Stellung der Beamtenchaft nicht der ihrigen entspricht. So hat die Beamten- und Lehrerschaft heute ein dringendes Interesse daran, Klar und unabweisbar zu erfahren, wie groß die Zahl der Staatsbürger ist, die hinter den heutigen Machthabern steht, also zu erkennen, wem sie letzten Endes für ihre Dienste verpflichtet und verantwortlich ist. Sie wird darum schon aus diesen Berufsgründen jede Verzögerung der Nationalversammlung verwerten.

Die Vertreter von fast 1,5 Millionen Beamten und Lehrer aller Gruppen haben in diesen Tagen durch ihre großen Organisationen einen Vorkongress gebildet, der die Einberufung eines deutschen Beamtentages vorbereitet. Der Ausschuss wendet sich zunächst mit folgender Rundgebung an die Berufsgenossen, die Öffentlichkeit und die Regierungen:

„Die deutsche Beamtenchaft in allen ihren Gliedern stellt sich der jetzigen Regierung in Reich und Staat im Dienst des Gemeinwohls zur Verfügung. Sie ist gewillt, ihre Pflichten in der bisherigen Weise weiter zu erfüllen, um die behördlichen Organe und die staatlichen Betriebe zum Besten des Volksganzen ordnungsgemäß und ungestört im Gang zu erhalten.

Neben der Erklärung der Reichs- und Staatsleitung erwartet sie die sofortige Erklärung des gegenwärtigen Volkstagesausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats, daß alle durch Gesetz und Vertrag zugesicherten Rechte der im Dienst befindlichen wie der im Ruhestand lebenden Beamten und deren Hinterbliebenen unter Einschluss der im Vertragsverhältnis beschäftigten Personen gewährleistet bleiben.

Die Beamtenchaft vertraut darauf, daß die Regierungen und Verwaltungen in Reich, Staat und Gemeinde alles tun werden, um die durch den Krieg aufs allerschwerste betroffene Beamtenchaft wirtschaftlich zu sichern.

Sie spricht ferner die Erwartung aus, daß die jetzige Regierung in den Beamtenorganisationen die gegebene Interessenvertretung der Beamten erblickt und ihnen im weitesten Umfang Gelegenheit zur Mitarbeit gibt. Zur dringend erforderlichen grundsätzlichen Neuordnung der Rechts- und Einkommensverhältnisse der Beamten auf einheitlicher Grundlage und zur Erleichterung wichtiger den Beamtenstand betreffender Aufgaben ist ein besonderes Reichsamt zu schaffen.“

Vieles von dem, was hier gefordert wird, ist der Beamtenchaft von den jetzt herrschenden Parteien unter den alten Verhältnissen versprochen worden. Jetzt gilt es die Probe auf das Exempel!

Zusammenschluß der höheren Beamten.

Der größte Teil der höheren preussischen und Reichsbeamten hat sich am 8. Oktober zu dem „Bund höherer Beamter“ zusammengeschlossen. Er umfaßt bereits 25 000 Mitglieder und ist der „Interessengemeinschaft deutscher Beamten“ beigetreten. Die Geschäftsleitung

hat Oberlehrer Thiele, Egelitz, Grillparzerstraße 15.